



Positionspapier

EU-Paket „Fit for 55“ – Rückenwind für den gemeinsamen Weg zur Klimaneutralität

1. Auf einen Blick: Worum es geht

Die Klimakrise lässt sich weder im regionalen noch im nationalen Alleingang aufhalten.

Die Rettung unseres Planeten ist ein globaler Kraftakt. Deshalb unterstützen wir das „Fit for 55“-Paket, welches die EU-Kommission am 14. Juli 2021 vorgelegt hat. Das Paket beinhaltet eine Vielzahl an Gesetzesinitiativen zur Umsetzung des EU-Green-Deal als Strategie für einen klimagerechten Umbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Damit soll sichergestellt werden, dass die EU ihr neues Klimaziel für 2030 – mindestens 55 Prozent weniger Emissionen gegenüber 1990 – erreicht und bis 2050 klimaneutral wird.

Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament sind nun gefordert, die Vorschläge der Kommission zu prüfen und sich auf Kompromisse zu einigen. Es ist zu erwarten, dass die Verhandlungen mindestens bis Ende 2022 andauern werden. Zudem hat die EU-Kommission am 15. Dezember 2021 weitere Gesetzgebungsvorschläge im Kontext des Green Deal, speziell zur Gasversorgung und zum Gebäudebereich, vorgelegt, die ebenfalls für das Land wichtige Themen adressieren und mit denen wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen werden. Baden-Württemberg ist über den Bundesrat, den Ausschuss der Regionen und die Abgeordneten im Bundestag und Europaparlament an den Verhandlungen zum „Fit for 55“-Paket beteiligt und wird sich für ehrgeizige Ziele und Maßnahmen einsetzen. Heute gilt es, den Kontinent und die Welt für morgen lebensfähig zu erhalten.

Das Papier versteht sich als Impuls, die Fraktion, ihre Arbeitskreise und ihre Mitglieder auf die erste Etappe zur konkreten Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030 mitzunehmen, zu informieren und den Prozess mit eigenen Initiativen zu begleiten.

Zur Umsetzung des Green Deal braucht es umfassende Investitionen in den dringend notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien, in Energieeffizienzmaßnahmen und andere, nachhaltige Aktivitäten. Nachhaltige Aktivitäten sind aus unserer Sicht solche, die vollumfänglich die Lebensfähigkeit zukünftiger Generationen sichern.

2. Ein ambitioniertes Klimapaket birgt enorme Chancen für unser Land

Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag 2021 haben wir für Baden-Württemberg noch ehrgeizigere Klimaschutzziele festgeschrieben als die im „Fit for 55“-Paket vorgeschlagenen. Baden-Württemberg soll bereits bis 2040 Nettotreibhausgasneutralität erreichen und bis 2030 nicht nur 55 Prozent, sondern mindestens 65 Prozent Treibhausgasemissionen weniger erzeugen als 1990. Um das zu erreichen, haben wir unser Klimaschutzgesetz zum ambitioniertesten Klimaschutzgesetz Deutschlands weiterentwickelt.

Die Landesregierung arbeitet nun mit Hochdruck an einer erneuten Novellierung des Gesetzes, damit Baden-Württemberg entschieden zur Bekämpfung der Klimakrise beiträgt. Zudem arbeiten wir kontinuierlich daran, optimale Bedingungen zu schaffen, um einer der fortschrittlichsten Forschungsstandorte zu bleiben und Innovationen hervorzubringen, die der sozial-ökologischen Wende den Weg weisen.

Baden-Württemberg will „Musterland des Green Deal“ werden - für die Glaubwürdigkeit dieser Klimaambition sind schnelle Maßnahmen und deren Umsetzung der alles entscheidende Maßstab. In den Kommissionsvorschlägen sind viele richtige Ansätze enthalten, die es zu unterstützen gilt. An vielen Stellen sind die Vorschläge aus Sicht der Fraktion GRÜNE aber noch nicht ambitioniert genug, um der Dringlichkeit bei der Bekämpfung der Klimakrise gerecht zu werden. Dabei beziehen wir uns im Folgenden auf die Teile des Pakets, die das Land Baden-Württemberg unmittelbar betreffen bzw. bei denen das Land über Gestaltungsmöglichkeiten verfügt.

2.1. Volle Kraft voraus für Erneuerbare Energien

Der Ausbau der Erneuerbaren ist Dreh- und Angelpunkt für die sozial-ökologische Transformation – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in der gesamten EU. Es ist daher dringend notwendig, dass die EU sich konkrete und ambitionierte Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2030 setzt. In Baden-Württemberg arbeiten wir mit aller Kraft daran, Erneuerbaren-Potenziale nutzbar zu machen. Mit der erst kürzlich beschlossenen Solarpflicht für Neubauten und größere Dachsanierungen im Land gehen wir bei der Umsetzung konkreter Lösungen voran. Dieses Vorhaben hat auch teilweise Eingang in den Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition auf Bundesebene gefunden. Wir unterstützen daher die Forderung der Fraktion Greens/EFA im Europäischen Parlament, die Solarpflicht als europäischen Standard einzuführen.

Dass grenzüberschreitende Projekte und Ansätze bei den Erneuerbaren Energien durch die Vorschläge der EU-Kommission explizit gefördert werden sollen, unterstützen wir. Unsere geographische Lage als Land, das Grenzen mit mehreren Nachbarländern teilt, wollen wir nutzen, um beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft zu kooperieren und gemeinsame Projekte und Anstrengungen umzusetzen (Stichworte: Konversionsregion Fessenheim, Wasserstoff-Cluster Hochrhein, Abwärmenutzung Badische Stahlwerke) - hierfür brauchen wir Unterstützung von europäischer Ebene.

Dass die EU-Kommission erhöhte und teils verbindlichere Erneuerbaren-Anteile in den Bereichen Gebäude, Wärme und Verkehr vorschlägt, ist dringend erforderlich, denn diese Bereiche hinken im Klimaschutz hinterher. Hier wird es darauf ankommen, dass Technologien auf dem Weg zum klimaneutralen Mobilitäts-, Wärme- und Gebäudesektor zugleich ökologisch nachhaltig und energieeffizient sind. Baden-Württemberg beheimatet Marktführer im Bereich der Heizungstechnologien, der Mobilitätsangebote und im Bausektor, die bereitstehen, ihren Beitrag zur Verbreitung von nachhaltigen und klimaneutralen Energielösungen zu leisten.

Die Einführung der kommunalen Wärmeplanung in Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel für grenzüberschreitendes „Voneinander-Lernen“ im Bereich Klimaschutz. Baden-Württemberg hat sich hier von den dänischen Partnern inspirieren lassen, die die kommunalen Wärmepläne bereits umsetzen. Dass nun die EU-Kommission für Kommunen ab 50.000 Einwohner*innen in der gesamten EU die Einführung der kommunalen Wärmeplanung empfiehlt, und parallel auch

die Ampel-Koalition auf Bundesebene dieses Vorhaben in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat, zeigt, wie entscheidend ein mutiges Vorgehen beim Klimaschutz ist. Baden-Württemberg unterstützt seine Kommunen bei der Durchführung der kommunalen Wärmeplanung nicht nur finanziell, sondern auch beratend und organisatorisch. Solche Förderprogramme sollten auch für kleinere Kommunen auf EU-Ebene aufgelegt werden, um die Einführung der Wärmeplanung über die Fläche anzuregen.

Szenarien, die Pfade zur schnellstmöglichen Klimaneutralität abbilden, zeigen unisono, dass die Verbesserung der Energieeffizienz eine tragende Säule jeder Energie- und Klimapolitik sein muss. Insofern ist es wichtig und richtig, dass die EU-Kommission das EU-weite Energieeffizienz-Ziel anhebt und verbindlich macht. Wir schließen uns jedoch der Forderung der Fraktion der Greens/EFA im Europäischen Parlament an: das verbindliche Energieeinsparungsziel bis 2030 muss auf mindestens 45 Prozent statt 36-39 Prozent angehoben und durch verbindliche, nationale Ziele ergänzt werden. Eine starke Einbeziehung und Unterstützung der Kommunen beim Monitoring von Energieverbräuchen ist ein wichtiger Baustein bei der Operationalisierung von „efficiency first“, den wir als Land engagiert angehen und für den wir uns seitens der EU Rückendeckung wünschen.

2.2. Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie gehen Hand in Hand

Die Vorschläge im „Fit for 55“-Paket stellen einige wichtige Weichen, um unsere Industrie wettbewerbsfähig aufzustellen und gleichzeitig unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Die geplante Einführung von Erneuerbaren-Zielen in der Industrie kann den Markthochlauf von grünem Wasserstoff beschleunigen. Hierbei wird darauf zu achten sein, dass die EU sich klar für die Erforschung und Förderung von grünem Wasserstoff ausspricht, denn nur grüner Wasserstoff ist klimaneutral. Als Industriestandort, der die Transformation zur Klimaneutralität angeht, brauchen wir daher schnellstmöglich ein EU-weites Zertifizierungssystem für grünen Wasserstoff, das auf strengen und wissenschaftlichen Kriterien basiert. Es muss sichergestellt sein, dass Wasserstoff aus zusätzlichen Erneuerbaren-Energien-Anlagen kommt, und dass soziale Standards eingehalten werden. Die baden-württembergische Industrie hat bereits heute einen erheblichen Wasserstoffbedarf, der perspektivisch noch zunehmen wird. Prioritär muss daher fossiler Wasserstoff, der heute schon in der Industrie verwendet wird, durch grünen Wasserstoff ersetzt werden.

Die neue Verbindlichkeit des Energieeffizienz-Ziels auf EU-Ebene kann auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das in der Industrie häufig unterschätzte Potenzial von Energie- und Materialeffizienzmaßnahmen voranzutreiben, gerade für KMU. Durch Berichterstattung und Monitoring leisten Unternehmen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Da mit dem „Fit for 55“-Paket vor allem geltende Rechtsakte weiterentwickelt werden, wird darauf zu achten sein, dass bürokratische Anforderungen abgebaut und übersichtlichere und einheitlichere Regeln eingeführt werden.

Um Nachteile für unsere heimische Industrie in ihrem Übergang zu nachhaltigeren Produktionsprozessen zu verhindern, unterstützen wir den Vorschlag der EU-Kommission, einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus einzuführen. **Im Gegenzug ist eine unmittelbare und vollständige**

Abschaffung der freien Zuteilung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem (EHS) sowie die Löschung von überflüssigen Zertifikaten angemessen. Über eine kurze Übergangsfrist hinaus sollten wir hier keine weitere Zeit verlieren. Mittelfristig muss das Absenken des CO₂-Emissionsniveaus auf null auf globaler Ebene das Ziel sein. Hier können sich baden-württembergische Unternehmen mit ihren Partnern in globalen Lieferketten vernetzen und sie dabei unterstützen, den Wandel vor Ort einzuleiten.

2.3. Verlässlich in Richtung null Emissionen im Verkehrssektor

Der Verkehrssektor spielt auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Schlüsselrolle. Der Handlungsbedarf ist hier besonders groß. Im Jahr 2018 lagen die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors in Baden-Württemberg sogar über dem Wert von 1990. Daher begrüßen wir es, dass die EU-Kommission die Ambitionen für die laufende Dekade bis 2030 anziehen und den Verkehrssektor in das bestehende EU-Emissionshandelssystem einbeziehen will. Das „Fit for 55“-Paket bringt wichtige Weichenstellungen in Richtung Antriebswende mit sich – für das Erreichen der Klimaneutralität im Verkehrssektor braucht es aber eine umfassende Mobilitätswende. Den EU-Aktionsplan zum Langstrecken- und grenzüberschreitenden Zugverkehr begrüßen wir daher explizit als einen guten Schritt in die richtige Richtung, den es nun zu konkretisieren gilt.

Die im „Fit for 55“-Paket vorgeschlagene Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge bringt die Automobilwirtschaft in der EU verlässlich auf den Pfad der emissionsfreien Fahrzeuge. So schlägt die EU-Kommission einen neuen Flottengrenzwert vor, der zur Folge hätte, dass ab 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zugelassen würden. Dies bedeutet in erster Linie Rückenwind für die Elektromobilität. Nur dort, wo es keine effizienteren Alternativen (z.B. Batterieantriebe im Pkw-Bereich) gibt, können Wasserstoff und ReFuels zum Einsatz kommen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Markthochlauf für Wasserstoff und ReFuels nicht schneller erfolgt als der Zuwachs an erneuerbar erzeugtem Strom.

Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft der Landesregierung arbeiten Hersteller und Politik bereits systematisch daran, dass das Auto der Zukunft aus Baden-Württemberg kommt.

Wichtig ist, dass bei der Verteilung der Flottengrenzwerte auf die Hersteller die Systematik von „mehr Gewicht = höhere Grenzwerte“ abgeschafft wird. Auch die Möglichkeit der mehrfachen Anrechnung von E-Fahrzeugen und Hybriden auf die CO₂-Bilanz von Fahrzeugflotten (sogenannte „Super-Credits“) sollte schrittweise, aber zügig entfallen. Der vorgeschlagene verpflichtende Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (E-Ladeinfrastruktur, Wasserstofftankstellen, etc.) ist Rückenwind für die EU-weite Marktdurchdringung von nachhaltigen Antriebsformen. Auch wenn wir uns in Baden-Württemberg bereits ein engmaschigeres Netz vorgenommen haben als im Kommissionsvorschlag vorgesehen, so ist der EU-weite und verbindliche Ausbau der Infrastruktur die beste Garantie dafür, dass Mobilität mit dem alternativ betriebenen Auto der Zukunft quer über die EU und auch über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg möglich sein wird.

Das „Fit for 55“-Paket sieht auch explizite Maßnahmen im Bereich der Luftfahrt vor. Dass die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten hier schrittweise abgeschafft werden soll, ist ein längst überfälliger Schritt.

2.4. Klimaneutralität in Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft

Wir begrüßen sehr, dass mit dem „Fit for 55“-Paket der Klimaschutz im Bereich Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft ambitionierter als bisher angegangen und bis 2030 deutlich mehr CO₂-Äquivalente eingespart werden sollen. Die Umsetzung dieser Ziele soll zum einen durch die Ausgestaltung und Umsetzung der Waldstrategie der EU erfolgen. Unsere baden-württembergische Waldstrategie inklusive Maßnahmen im Holzbau und der Bioökonomie stehen im Einklang mit einem Großteil der EU-Ziele und vorgeschlagenen Maßnahmen. Die in Aussicht gestellten EU-Förderinstrumente könnten unsere Bemühungen um naturnahen Waldbau forcieren.

Zur Umsetzung der Klimaziele in der Landwirtschaft ist zum anderen die GAP, der Gesetzesrahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, ein wichtiges Instrument. Allerdings halten wir die beschlossenen Reformen mit Blick auf eine stringente Klima- und Artenschutzpolitik für unzureichend.

Nichtsdestotrotz haben wir im Land nun die Möglichkeiten, die Förderprogramme der sogenannten zweiten Säule der Agrarpolitik nach den Vorgaben auszugestalten und nutzen diese Möglichkeiten sehr weitreichend. Wir werden ein Konzept für unsere Schwerpunktregionen zum integrierten Moorschutz vorlegen und umsetzen und attraktive und umfassende Klima- und Naturschutzmaßnahmen im Rahmen unserer Agrarumweltprogramme anbieten. Die Förderung des ökologischen Landbaus haben wir gleichermaßen im Blick wie die Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und chemisch-synthetischen Düngemitteln. Die Herausforderung der Verringerung der Flächenförderung im Rahmen der sogenannten ersten Säule wollen wir durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Agrarumweltförderung und der Förderung des Bio-Anbaus entschlossen angehen.

In der Agri-Photovoltaik sehen wir ein großes Potential, den Zielkonflikt zwischen Lebensmittelerzeugung und Energieerzeugung in der Fläche zu lösen. Hier sind wir deutschlandweit mit der Konzipierung von Modellvorhaben und in der Forschung Vorreiter.

Und last but not least soll die **Ernährungswende hin zu mehr pflanzlichen Lebensmitteln einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten** - ebenso wie die deutliche Verringerung der Lebensmittelverschwendung. Hier wollen wir unsere Anstrengungen in den kommenden Jahren verstärken.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, die landwirtschaftlichen Familienbetriebe im Land zu erhalten und eine Abwanderung von Lebensmittelproduktion ins Ausland zu verhindern – das geht am besten, wenn sich Baden-Württemberg und die EU gemeinsam auf den Weg hin zu einer klimaneutralen Land- und Waldwirtschaft machen.

2.5. Ein solidarischer Übergang

Als Land und als europäische Gemeinschaft haben wir die Verantwortung, die sozial-ökologische Transformation zum Erfolgsmodell zu machen und als Standard zu etablieren. Dass die EU-Kommission einen Klimasozialfonds einrichten will, um Privathaushalte aber auch Kleinstbetriebe beim Übergang zu unterstützen, begrüßen wir ausdrücklich. Dieser muss allerdings mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um seiner wichtigen Funktion auch

gerecht werden zu können. Dass hierfür nur 25 Prozent der Einkünfte aus dem Emissionshandelssystem für Verkehr und Wärme zur Verfügung gestellt werden sollen, erscheint uns nicht ausreichend.

Uns GRÜNEN ist wichtig, dass es sowohl auf europäischer als auch auf regionaler Ebene einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die konkreten Herausforderungen gibt, die die Bekämpfung der Klimakrise mit sich bringt. Für die Umsetzung des geplanten Klimasozialfonds fordern wir daher einen partizipativen und dezentralen Ansatz: Bürger*innen vor Ort sollten als Hauptakteure im Transformationsprozess die Möglichkeit haben, ihre Erwartungen an Klimapolitik sowie an begleitende soziale Maßnahmen zu formulieren und Beratungsleistungen einzuholen.

3. Wir machen dem Klimaschutz Beine: GRÜNE gestalten mit auf allen Ebenen

Mit „Fit for 55“ beginnt ein Prozess: In den kommenden Monaten werden die vorgeschlagenen Legislativvorschläge von den Mitgliedstaaten (Rat) und vom EU-Parlament verhandelt und schließlich beschlossen. Die Verhandlungen müssen zügig abgeschlossen werden, damit bis 2030 mindestens 55 Prozent weniger Emissionen gegenüber 1990 in allen Mitgliedsstaaten erreicht werden können. Zugleich muss sichergestellt werden, dass einzelne Zielvorgaben und Maßnahmen nicht verwässert werden. Die Legislativvorschläge sind miteinander verbunden. Werden an einer Stelle Ziele reduziert, müssen sie im Gegenzug an einer anderen Stelle erhöht werden. Unserer Ansicht nach darf es daher keine Abschwächungen bei den Zielen und bei den konkreten Maßnahmen geben. Reaktionen einiger Mitgliedstaaten und Industrieverbände in Brüssel lassen befürchten, dass die Umsetzung von „Fit for 55“ noch keine ausgemachte Sache ist.

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich verbindlich zum Klimaziel für 2030 bekannt. Nun gilt es, die Instrumente dafür gemeinsam zu vereinbaren und konsequent einzusetzen.

Als Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg wollen wir in Kooperation mit der grün-geführten Landesregierung, der Bundesregierung mit grüner Beteiligung, der grünen Bundestagsfraktion und unseren baden-württembergischen Abgeordneten im Europäischen Parlament zu einem ambitionierten Verhandlungsergebnis und zur zügigen Umsetzung der Maßnahmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt beitragen:

- **Wir begrüßen das „Fit for 55“-Paket als Motor der EU für den Aufbruch in das postfossile Zeitalter.** Als Land stehen wir bereit, unseren Beitrag zu leisten und haben bereits wichtige Etappenschritte auf dem Weg zur schnellstmöglichen Klimaneutralität zurückgelegt, die auch für unsere Partnerländer beispielhaft sein können.
- **Wir werden den EU-Gesetzgebungsprozess mit all unseren Arbeitskreisen fachlich konstruktiv begleiten,** zum Beispiel durch grüne Fachgespräche, parlamentarische Initiativen und öffentliche Veranstaltungen.
- **Wir entwickeln den Rechtsrahmen, Konzepte und Programme für ambitionierten Klimaschutz im Land als Querschnittsaufgabe aller Sektoren weiter** und bauen unsere Vorreiterrolle sowohl bei der Zielsetzung, als auch bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz aus. Mit Blick auf das „Fit for 55“-Paket betrifft das vor allem folgende für das Land zentralen Ziele:

- Eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und des Energieeinsparens in allen Bereichen
 - Den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien
 - Eine wettbewerbsfähige klimaneutrale Industrie
 - Eine ganzheitliche Mobilitätswende
 - Das Zusammendenken des Schutzes von Wäldern, Mooren sowie Landwirtschaft und des Klimaschutzes
 - Den solidarischen Übergang, bei dem alle Bürger*innen mitgenommen werden
- **Wir organisieren einen grünen europapolitischen Austausch „Kommunen: Fit für 55!“**. Denn die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen sind die Hauptakteure bei dem Transformationsprozess.
 - **Mit den Grünen in unseren Partnerländern**, den Regionen der „Vier Motoren“ und des Donauraums wollen wir in einen Dialog über den gesetzlichen Rahmen treten, den das „Fit for 55“-Paket setzt, insbesondere im Hinblick auf unsere gemeinsame Verantwortung für einen solidarischen Übergang in eine emissionsfreie Welt.

So übernehmen wir Verantwortung für das Land, für Europa und für unseren Planeten. Die EU ist als Weltregion Akteur mit Vorbildrolle. Wir wollen, dass Europa den Weg weist und sein Gewicht auch auf Ebene bilateraler und multilateraler Beziehungen einbringt. Im Zusammenspiel mit der neuen Bundesregierung können wir als grüingeführtes Land Wegmarken setzen und entscheidend zum Übergang in das post-fossile Zeitalter durch einen sozial-gerechten Strukturwandel beitragen.

Beschlossen im Rahmen der Fraktionsklausur am 11. Januar 2022.